

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.10 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. (Bestellgeld vierteljährlich 43 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion: Tauscher Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Telefon: 18003. Sprechstunde: Montag bis 6—7 Uhr abends (außer Sonnabenden).

Inserate kosten die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Platzvorschrift 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist 3.50 Mk. pro Tausend für die Gesamtauflage, bei Teilaufgabe 4 Mk. — Der Betrag ist im voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 8 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauscher Str. 19/21, Hofgebäude. Telefon: 2721.

Tageskalender.

Die Kommission zur Vorberatung der Reichsversicherungsordnung wird am Freitag ihre Verhandlungen bis zum Herbst vertagen.

Die Tagung der deutschen Ortskrankenkassen in Regensburg ging gestern zu Ende.

In der französischen Deputiertenkammer wurde ein Antrag auf Ergreifung von Zollrepräsentivmaßnahmen gegen Deutschland eingebracht.

Das englische Unterhaus lehnte die Ueberweisung der Frauenstimmrechtsvorlage an eine Kommission ab.

Am Ende des Lateins.

Leipzig, 13. Juli.

Lange schon schrieb die Presse nicht so viel über die preußische Polenpolitik und ihre Aussichten, wie in den letzten Wochen. Die Zustimmung der polnischen Landtagsfraktion zur Erhöhung der Zölle, die bevorstehende Einweihung des königlichen Schlosses in Posen, bei der Wilhelm II. anwesend sein soll, und an der auch die polnische Klerisei und der Adel teilzunehmen gedenken, der Rücktritt einiger Minister, der mit Meinungsdivergenzen über die künftige Polenpolitik zusammenhängen soll, die von der bisherigen Politikpraxis so abweichende Duldung der polnischen Tannenbergsfeier — das alles gibt Anlaß zu einer Unmasse von Artikeln in der bürgerlichen Presse. Und wie es keinen Rauch ohne Feuer gibt, so hat auch diese Beunruhigung der „Patrioten“ ihre konkrete Grundlage.

Die preußische Regierung ist mit ihrer Polenpolitik am Ende ihres Lateins angekommen. Das wurde schon von Bülow in seiner Rede vom 26. November 1907 zur Begründung der Enteignungsvorlage zugegeben: Von 1896 bis 1906 sind in Westpreußen und Polen 75 437 Hektar Land mehr aus deutscher Hand in die polnische Übergangzone als umgekehrt. Die Güterpreise sind im Tätigkeitsgebiet der Ansiedlungskommission in den letzten 20 Jahren um das Doppelte gewachsen. Eine Fortsetzung der Arbeit der Ansiedlungskommission bedeutete also eine Vergeudung der Staatsgelder — eine Milliarde wurde schon in diese farnose Politik gesteckt — ohne die geringste Aussicht auf Erfolg. In dieser Situation entstand der Gedanke der Enteignung. Der weitere Ankauf polnischer Güter würde zu einer Erhöhung der Güterpreise führen, vor der der preußische Fiskus die Waffen strecken müßte; aus dieser Zwangslage sollte die Enteignung retten. Ihr standen aber die Interessen der preußischen Großgrund-

besitzer entgegen. Wie Franz Gehrke in seinem Aufsatz über die Polenfrage (letzte Nummer der Preussischen Jahrbücher) richtig bemerkt, bringt der preussische Hochadel „der ganzen Polenpolitik nur so weit Interesse entgegen, als er oder seine Kaste Vorteile davon hat, als er Besitz, den er los werden will, mit Nutzen abstoßen kann“.

Das Enteignungsgesetz könnte dem preussischen Großgrundbesitz aber blutige Wunden schlagen, indem seine Durchführung einen rapiden Sturz der Güterpreise herbeiführen droht. Noch mehr: die Besiedelung der entlegenen polnischen Gebiete durch Bauern — und dies eben war von der Regierung zur Stärkung des Deutschtums in Aussicht gestellt — drohte den Junkern mit der Einbuße ihrer sozialen Rolle, denn wie Professor Berthard in der zweiten, vor einigen Wochen erschienenen Auflage seiner vielbesprochenen Polenfrage (Leipzig 1910, bei Duncker u. Humblot) sagt, stärker als der nationale Instinkt ist bei dem Großgrundbesitz die politische Ueberzeugung, daß die heute in Preußen herrschende Gewalt der Konservativen auf dem unangefasteten Großgrundbesitz beruht. Und man wird — so schreibt der wissenschaftliche Berater der preussischen Regierung weiter — die Tragweite des Wortes ermessen: wir wollen nicht, daß man unter dem Vorwande des Nationalitätenkampfes dem deutschen Großgrundbesitz im Osten zu Leibe geht. Der Hochadel sträubte sich also gegen die Annahme des Gesetzes und er ließ es erst dann passieren, nachdem er ein vertrauliches Versprechen der Regierung erhalten hatte, das Gesetz werde nur als Damoklesschwert über den Polen hängen, ohne angewendet zu werden. So kam das Gesetz zustande, wobei noch bemerkt werden muß, daß seine Bedeutung als Drohmittel gegen die Polen nur minimal sein konnte: der polnische Adel ist loyal und kann durch keine Drohung loyal gemacht werden, das aufstrebende Kleinbürgertum aber, das gewissermaßen oppositionell, obwohl keinesfalls „staatsfeindlich“ ist, kann durch das Enteignungsgesetz überhaupt nicht getroffen werden. Das Enteignungsgesetz sollte also nicht so sehr zur Bedrohung der Polen, wie zur Beruhigung der hatatistischen Kreise dienen, die über die Erfolglosigkeit der bisherigen Polenpolitik Jeter und Mordio schreien.

Zwei Jahre sind vergangen seit der Annahme des Enteignungsgesetzes — und es wurde nicht angewandt. Es konnte nicht angewandt werden, nicht nur aus Rücksicht auf die Konservativen, die seit der Zertrümmerung des Blocks noch mehr als je Trumpf in Preußen sind, sondern auch, weil es eine stumpe Waffe ist. Soll die Enteignung dem Ziele dienen, „große Inseln des Deutschtums im polnischen Meere zu bilden“, wie Bülow verkündete, so genügt das der Regierung zugestandene Recht, 70 000 Hektar zu enteignen, nicht, weil die Ansiedlungskommission jährlich 20 000 bis 30 000 Hektar braucht, wenn sie die Siedlungen annähernd im gleichen Tempo wie bisher fortsetzen

will. Heute also das Gesetz abzuändern, um morgen wegen seines weiteren Ausbaus in einen aussichtslosen Konflikt mit den Konservativen hineinzugeraten, darauf kann es die Regierung nicht ankommen lassen, auch dann könnte sie es nicht, wenn sie nicht durch das den Konservativen verpöndelte Wort, das Gesetz überhaupt nicht anzuwenden zu wollen, nicht gebunden wäre. Dazu muß noch in Betracht gezogen werden, daß trotz der offiziellen Dementis die von Harden in die Welt gesetzte Behauptung, die österreichische Regierung habe ernste Bedenken gegen die Anwendung des Gesetzes geäußert, weil sonst die starke Polenfraktion des österreichischen Reichsrats gegen den Dreibund Stellung nehmen würde, und diese Bedenken seien nicht ohne Eindruck auf die preussische Regierung geblieben, an Wahrscheinlichkeit zugenommen hat. Der in diesen Fragen gut informierte Professor Bernhard bestätigt die Nachricht, und mag er dabei auch die gleichen hegerischen Absichten verfolgen wie Harden, in seiner Stellung konnte er die Behauptung nicht aufstellen, hätte sie keinen festen Boden unter den Füßen.

Was also nun weiter? Die Ansiedlungskommission kann ihre Arbeit ohne Enteignung nicht fortsetzen und die Regierung kann die Enteignung nicht durchführen. Schon ziehen „nationale“ Politiker, wie der schon zitierte Artikelsschreiber der Preussischen Jahrbücher, Gehrke — ein rabiatere Polenhasser — den Schluß: „Es ist daher das einzig richtige, daß man mit der bisherigen Ostmarkenpolitik vollständig bricht und daß die Ansiedlungskommission ihre Tätigkeit einstellt.“ Bei diesem vernünftigen Vorschlag läßt es Gehrke aber natürlich nicht bewenden, er verlangt im Gegenteil die Anwendung anderer Kampfmittel zur Unterdrückung der „polnischen Gefahr“, zu welchem Zwecke er selbst die Welt mit einem direkt verrückten Vernichtungsplan beglückt.

Wir glauben nicht an eine schnelle Aenderung der bisher verfolgten Polenpolitik: weder an eine Umkehr von den Unterdrückungsmaßnahmen überhaupt, noch an eine Verwerfung der Ansiedlungsarbeit. Es wird weiter fortgesetzt werden, weil weder das Interesse der Bureaukratie, die von der Polenunderdrückung guten Nebengewinn hat, die Einstellung des Ausrüttungseldzuges erlaubt, noch weil das Interesse der Junker, für die sie eine Quelle enormer Profite bedeutet, den plötzlichen Bruch mit der jetzigen Ansiedlungspolitik zuläßt. Wenn jetzt scheinbar die Regierung Miene macht, als solle irgendeine Aenderung in der preussischen Polenpolitik erfolgen, so hat dies auch seine Ursachen: es wäre der Regierung sehr unangenehm, wenn der polnische Adel sich bei der Eröffnung des Posener Schlosses abseits stellen würde, denn ohne die blaublütigen Landeskinder — wenn sie auch Krapsulinski und Waschlappski heißen — fühlt sich ein Landesvater bei solcher Gelegenheit nicht wohl; im übrigen aber handelt es sich um die Erweckung von Illusionen in der polnischen Bevölkerung für die nächsten Wahlen.

Seuilleton.

Das Haus Michael Senn.

Ein Tiroler Roman von Rudolf Grein.

Nachdruck verboten.
Pater Remigius befand sich in einer peinlichen Lage. Er hatte keine Ursache, an den Worten der beiden Frauen zu zweifeln. Er wollte aber auch über den Franz Senn kein rasches Urteil fällen. Wenn es sich so verhielt, wie die Berggräfin ihm da erzählte, so tat ihm Agnes herzlich leid. Nicht etwa, weil das Mädel vielleicht um sein Lebensglück betrogen worden war. Von solchen Sachen verstand der Pater nicht viel. Aber er kannte die bösen Mäuler der Leute. Die würden nun kein gutes Haar mehr an dem Mädel lassen.

Wenn die Mathilde vorhin gesagt hatte, daß die Leute bald mit Fingern auf ihre Schwester zeigen würden, so hatte sie damit nicht zuviel behauptet. Pater Remigius kannte seine lieben Besichtigten. Er wußte, daß bei diesen der müßige Tratsch gedieh wie das Unkraut im Weizenacker. Er wußte, sie konnten es so weit bringen, daß es der Agnes schließlich ganz unmöglich sein würde, eine andre Partie zu machen. Und das war ein harter Schlag, nicht nur für das Mädel, sondern auch für die Berggräfin. Der Pater wußte es genau, daß die Rätin insgeheim sicher auf diese Heirat gerechnet hatte. Es war das letzte Glück für sie, das sie noch vom Leben erhoffte, wenigstens die Agnes gut versorgt zu wissen.

Die Berggräfin besaß nur eine ganz bescheidene Pension. Mit dieser hatte sie hausen und klein wirtschaften müssen alle die Jahre hindurch. Oft genug, wenn die Ausgaben für den Sohn immer größer wurden, da war der Wittagstisch der Rätin sehr mager bestellt. Ein Glück, daß niemand in ihre intime Haushaltung blicken konnte.

Seit Jahren schon hielt sich die Berggräfin keine Magd mehr. Nur für die ganz großen Hausarbeiten kam die Kirchmair Rosina als Bedienerin. Und das hauptsächlich der Leute wegen. Es ging doch nicht an, daß die Töchter der Berggräfin den Boden scheuerten! Es wurde der Rätin freilich oft hart, die paar Gulden für die Bedienerin auszugeben. Aber es galt vor allem dem Schein zu wahren. Nur ja niemand in ihre Verhältnisse blicken lassen! Niemand erraten lassen, daß man abends gewöhnlich mit einer Tasse Kaffee und einem Stück Brot zu Bette ging.

Nach ihrem Tode würde auch diese kleine Pension wegfallen. Von was würden ihre Töchter dann leben? Sie waren ja nie einen Tag von der Mutter fort gewesen. Sollten sie dann fort müssen, hinaus in die Welt, um sich ihr Brot zu verdienen? — Pater Remigius wußte, daß die Rätin förmliche Zwangsvorstellungen hatte bei diesen Gedanken. Von praktischer Lebensauffassung hatte ja die gute Frau in ihren beschränkten Verhältnissen keine Ahnung. Es war umsonst, daß ihr der Pater zuredete, die Töchter doch einen praktischen Beruf erlernen zu lassen. Das scheiterte gründlich an ihrer falschen Scham vor den Leuten, ihrem Standesvorurteil, in dem sie aufgewachsen und erzogen war, an dem Beamtenbüdel, das Töchter aus guter Familie nicht gewöhnlichem Broterwerb nachgehen können.

Der Pater hatte bald eingesehen, daß er in diesem einen Fall nie auf ein Verständnis rechnen konnte, und hatte es daher mit etwas anderm versucht. Seit einigen Jahren unternahm er es beständig, Mathilde für den Klosterstand zu überreden. Das wäre nach seiner und auch der Berggräfin Meinung entschieden die beste Lösung für eine standesgemäße Versorgung gewesen. Aber Mathilde bezeugte absolut keine Neigung zum Kloster.

Hatte sie die Hoffnung auf eine eheliche Verbindung immer noch nicht aufgegeben? Der Pater wunderte sich im stillen selbst oft darüber, daß ein Mädel wie Mathilde verurteilt war, eine alte Jungfer zu werden.

Nun sollte auch diese letzte Hoffnung mit der Agnes auf einmal zunichte werden. Pater Remigius verkehrte seit Jahren manchmal in der Familie Senn. Wenn ihm aus der jungen Senn so gut wie ein Fremder geblieben war, so konnte er doch nicht von ihm annehmen, daß er das Mädel jetzt plötzlich dem Gespött und Getratsch der Leute preisgeben würde. Etwas von der Hochachtung, die der alte Senn überall genoss, ging bei diesen Erwägungen des Paters unwillkürlich auf den Sohn über.

„Wissen's was, Frau Rätin!“ sagte der Pater nach längerer Ueberlegung. „Wenn ich Sie wäre, dann täte ich einmal ganz offen mit dem Franz reden, wenn er's nächstemal kommt.“

„Reden? Mit dem Franz wegen der Agnes?“ sagte die Rätin nun ernstlich bestürzt.

„Ja. Dann haben's wenigstens amal a G'wissheit und können Ihnen danach richten!“

„Ja. Und wenn er's aber übernimmt?“ meinte die alte Dame ängstlich.

„Ah was! Das kann er ja nit übernehmen. Wenn Sie Ihre Pflicht als Mutter tun! Das muß er ja einsehen, Götter's Mathilde?“

Mathilde starrte mit finster zusammengezogenen Augenbrauen vor sich auf die Sessellehne nieder und gab keine Antwort. So machte sie es letzter Zeit häufig. Der Pater nannte es bei sich „Altjüngferngant“ und schaute im stillen darüber. Auch jetzt erhob er sich schmerzhaft und schon wieder ganz vergnügt. Er hielt seinen Rat offenbar für die glücklichste Lösung in dieser heiklen Angelegenheit. Weiter streckte er die dicke kleine Hand den beiden Frauen hin.

„Tun's Ihnen nit wieder so viel Sorgen machen umsonst, Frau Rätin!“ meinte er. „Und tun's alles unserm Herrn anvertraun; es wird schon wieder recht werden!“ Als die Rätin traurig den sorgenvollen, früh ergrauten Kopf schüttelte, tat der Pater völlig böse. „Was wär denn dös? Jaz auf einmal hätten Sie mir foa Gott-